



**EPSU
FSESP
EGÖD**

Warum Wasser eine öffentliche Dienstleistung ist: Privatisierungsmythen entlarvt

Ein Bericht im Auftrag von EPSU für Public Services International
Research (Studie von PSIRU)

April 2012

EPSU Sekretariat, 45 rue Royale, 1000 Brüssel, Belgien Tel: 32 2 2501080 Fax 32 2 2501099, E-mail: epsu@epsu.org



EPSU ist Mitglied von ETUC , EPSU vertritt das PSI
in Europa

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Öffentliches Eigentum ist die Regel	4
3.	Weit verbreitete Beendigung der Wasserprivatisierung	4
4.	Effizienz und Leistungsfähigkeit	5
5.	Investitionen	5
6.	Preise	6
7.	Wettbewerb und Kartelle	6
8.	Öffentlicher Widerstand	7
9.	Korruption und Betrug	7
10.	Verantwortungslos	8
11.	Illusionen über fiskalische Erfolge	8
12.	Schlussfolgerungen: Der öffentliche Sektor und das Recht auf Wasser	9
13.	Quellenangaben	9

PSIRU, Business School, University of Greenwich, Park Row, London SE10 9LS, U.K.
Website: www.psiru.org Email: psiru@psiru.org Tel: +44 (0)208-331-9933 Fax: +44 (0)208-331-8665
Prof. Stephen Thomas, David Hall (Director), Jane Lethbridge, Emanuele Lobina, Vladimir Popov, Violeta Coral,
Sandra van Niekerk; Übersetzt von Christa Hecht

1. Einleitung

Das Gespenst der Wasserprivatisierung verfolgt erneut die Menschen in Europa. Von den 1980ern bis zu den 2000ern wurde die Privatisierung von Wasser von multinationalen Konzernen, rechtsgerichteten Politikern und internationalen Institutionen, einschließlich der Europäischen Kommission befördert.

Populäre Kampagnen hatten dem erfolgreich Widerstand geleistet, die Wasserprivatisierung ist gestoppt und in den meisten europäischen Staaten und vielen anderen Ländern weltweit rückgängig gemacht.

Aber nun ist die Bedrohung zurückgekehrt.

Die Hauptinitiative für Privatisierungen kommt über Forderungen, die Teil der Voraussetzungen für die finanzielle Unterstützung durch die EU, die Europäische Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) - der Troika - sind. Die Bedingungen für Griechenland beinhalten die Privatisierung von vielen öffentlichen Bereichen, eingeschlossen die Vollprivatisierung der Wasserversorgung von Athen und Thessaloniki. Die Troika erwartet auch von Portugal, den größten Teil des öffentlichen Sektors zu verkaufen, so soll auch Aguas de Portugal verkauft werden. Die EU-Kommission und die EZB forderten von Italien die Wasserprivatisierung sogar noch nach einem nationalen Referendum, in dem dies überwältigend abgelehnt worden war.

Die neue zentrale EU Wirtschaftspolitik erzeugt auch allgemein einen stärkeren Druck zur Liberalisierung und Privatisierung aller öffentlichen Dienste über die Festlegung strikterer Schuldengrenzen für die öffentlichen Finanzen.

In den Nachbarstaaten der EU wird die Wasserprivatisierung weiterhin von der Europäischen Wiederaufbau- und Entwicklungsbank (EBRD) gefördert, ebenso von der Internationalen Finanz Corporation (IFC), die Abteilung der Weltbank für die Unterstützung des privaten Sektors, obwohl diese Politik fehlgeschlagen ist.

EPSU veröffentlicht diese Broschüre in verschiedenen Sprachen, um die Gründe für die Ablehnung der Wasserprivatisierung bekannt zu machen. Sie ist von PSIRU an der Greenwich Universität auf der Grundlage empirischer Ergebnisse aus verschiedenen Bereichen erarbeitet worden. Damit sollen nicht nur Kampagnen gegen die Wasserprivatisierung unterstützt werden, sondern sie soll auch in Erinnerung rufen, dass der öffentliche Sektor die beste Organisationsform für die Wasserversorgung ist.

Die UN erklärten 2010 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zum Menschenrecht. Das verpflichtet die Regierungen, der Bevölkerung zugängliches, erschwingliches, sicheres und sauberes Wasser und eine ebensolche Abwasserentsorgung zugänglich zu machen. Für die Umsetzung dieses Menschenrechts und um der Liberalisierung der Wasserwirtschaft auf EU-Ebene entgegenzutreten, werden die Europäischen Gewerkschaften für öffentliche Dienste eine Europäische Bürgerinitiative starten.

Jan Willem Goudriaan
stellv. EPSU Generalsekretär

2. Öffentliches Eigentum ist die Regel¹

Die Privatisierung ist in der Wasserwirtschaft unüblich! Seit dem 19. Jahrhundert haben fast alle Staaten die Wasserversorgung im öffentlichen Sektor gehalten, weil private Unternehmen nicht gewillt waren, genug in die öffentliche Wasserversorgung zu investieren und weil sie ihre Monopolstellung für überhöhte Gebühren ausnutzten. So wurde die Privatisierung von Wasser unüblich. In über 90 % der 400 größten Städte der Welt (mehr als 1 Million Einwohner) ist die Wasserversorgung in öffentlicher Hand. In kleineren Städten und ländlichen Gebieten ist das Verhältnis gleichwohl niedriger.

Die einzigen Staaten in Europa, in denen der größte Teil der Wasserwirtschaft privatisiert ist, sind das Vereinigte Königreich (Großbritannien, UK), Frankreich, Spanien und Tschechien. In anderen europäischen Staaten ist die öffentliche Hand in allen Bereichen vorherrschend. In Deutschland fast überall, mit Ausnahme Berlin (und da gab es große Probleme mit dem privaten Wasser – siehe unten). In den Niederlanden wurde 2004 ein Gesetz verabschiedet, das die Versorgung mit Wasser für alle außer der öffentlichen Hand untersagte. In Italien wurde die Privatisierung von Wasser in einem Referendum abgelehnt.

Außerhalb von Europa gibt es wenige Privatisierungen. In den USA sind ca. 85 % der Wasserversorger in öffentlicher Hand, in Japan sogar 100 %. In Entwicklungsländern beabsichtigten die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sowie multinationale Unternehmen, die Staaten dazu zu bringen, das Wasser zu privatisieren, aber nur wenige Städte blieben bei der Privatisierung. In der Vergangenheit war Wasser in einigen Kolonien privatisiert worden oder in Staaten mit finanziellen Problemen, wo Anleihegläubiger die Kontrolle über die Staatsfinanzen übernommen hatten. Zum Beispiel in der Türkei und Marokko, im späten 19. Jahrhundert. Die Privatisierungen wurden aber regelmäßig nach der Unabhängigkeit beendet.

3. Weitverbreitete Beendigung der Wasserprivatisierung²

In den letzten Jahren gab es in Europa und global einen Trend weg von Privatisierung, weil die privaten Unternehmen schlechte Leistungen erbrachten, zu wenig investierten und zu hohe Gebühren erhoben.

In Frankreich, dem Land der größten multinationalen Wasserkonzerne, sind viele Städte nun von der Privatisierung abgerückt. 2010 entschied Paris die Wasserdienstleistungen, die seit 25 Jahren von den beiden größten französischen Unternehmen Suez und Veolia erbracht worden waren, zu rekommunalisieren. Der Wasserpreis in Paris wurde nun gesenkt. Die Städte Grenoble und Cherbourg haben ihre Wasserversorgung ebenfalls rekommunalisiert. Andere Städte diskutieren nun den gleichen Weg, einschließlich Bordeaux.

In Ungarn rekommunalisierte Pecs seine Wasserdienstleistungen in 2010, beendete den Vertrag mit einer Suez-Tochtergesellschaft, ebenfalls die Stadt Kaposvar. Im letzten Jahrzehnt wurden auch die Wasserprivatisierungen der Stadt Potsdam in Deutschland beendet. Ebenso in einer Reihe Städte in den USA, darunter Atlanta, Milwaukee, Gary und Laredo; wie in der Stadt Hamilton in Kanada; wie Antalya in der Türkei; und wie in Städten in vielen anderen Ländern einschließlich in der Ukraine, Kasachstan, Georgien, Usbekistan, Kanada, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Südafrika, Tansania, Malaysia.

4. Effizienz und Leistungsfähigkeit³

Befürworter von Privatisierungen behaupten, dass private Unternehmen effizienter arbeiten würden als der öffentliche Sektor und viele Menschen glauben das. Die wissenschaftlichen Beweise zeigen jedoch, dass das nicht wahr ist. Es gibt viele Studien zum Vergleich der Effizienz von öffentlichem und privatem Sektor in verschiedenen Staaten. So kamen Wissenschaftler in einem umfassenden Überblick zu dem Schluss, dass "die meisten Studien keine signifikanten Unterschiede bei den Kosten und der Leistungsfähigkeit zwischen öffentlich und privat" erbracht hätten. Eine detaillierte Studie im Vereinigten Königreich – der Staat mit der größten Wasserprivatisierung – zeigte, dass schließlich elf Jahre nach der Privatisierung, die privaten Unternehmen weniger effizient waren als der öffentliche Sektor, obwohl sie Zugang zu besserer Technik hatten.

Auch die Weltbank und der IWF wissen das. In einem Politikpapier des IWF stand in 2004 zur Leistungsfähigkeit des privaten Sektors, dass "die wissenschaftlichen Beweise gemischt sind". Ein globaler Überblick der Weltbank aus 2005 über die wissenschaftlichen Ergebnisse zu Wasser- und Energiebetrieben schloss mit den Worten, dass es "statistisch keine bedeutenden Unterschiede in den Kennzahlen von öffentlichen und privaten Versorgern" gibt.

Private Unternehmen erfüllen die Aufgaben sowohl technisch als auch wirtschaftlich nicht besser als öffentliche. Die niedrigste Verlustrate bei der Verteilung in der Wasserversorgung in Europa haben die Niederlande und Deutschland, wo die Systeme fast alle in öffentlicher Hand sind. Veolia, einer der größten Multinationalen, ließ vorsätzlich unbehandeltes Abwasser in den Fluss von Brüssel entweichen, um damit die Stadt unter Druck zu setzen, mehr für die Betriebsführung zu zahlen. In Chile hat Suez 5 Millionen US Dollar Entschädigung an die Einwohner zahlen müssen wegen der Faulgasgerüche der Kläranlage.

Privatisierung bedeutet außerdem zusätzliche Kosten für die Überprüfung der Leistungserbringung, für Ausschreibungen, für Ausfälle und weitere Probleme, die sich erst aus der Privatisierung ergeben.

5. Investitionen⁴

Private Unternehmen haben noch nie viel in die öffentlichen Wassersysteme investiert. In allen Ländern Europas und Nordamerikas hat der öffentliche Sektor für die Netze gezahlt. Auch in Frankreich, wo die privaten Unternehmen bereits im 19. Jahrhundert entstanden sind, haben sie nicht in die Erweiterung der Systeme investiert – die Kommunen mussten alle Investitionen selbst vornehmen.

Auch heute, auch in Europa, bauen fast alle Staaten auf den öffentlichen Sektor für die Finanzierung der Wasserdienstleistungen. 2009 wurde in Frankreich in einem ernst zu nehmenden Bericht festgestellt, dass "die Finanzierung der Wasserdienstleistungen noch überwiegend öffentlich geschieht und die private Finanzierung nur 12 % der Investitionen ausmacht". In Ungarn werden zum Beispiel sogar in den Städten, in denen das Wasser privatisiert ist, die Investitionen vom Zentralstaat finanziert. Ebenso waren die EU-Kohäsionsfonds eine wichtige Finanzierungsbasis für die Wasserdienstleistungen in vielen Ländern in Zentral- und Südeuropa. Eigentlich unterläuft die Privatisierung das, was die EU-Regeln nicht erlauben, nämlich dass die Kohäsionsmittel dafür genutzt werden, private Unternehmen zu fördern.

Wenn private Unternehmen investieren, erwarten sie eine Garantie für ihre hohen

Gewinnerwartungen. In England wollte zum Beispiel die private Gesellschaft Thames Water einen teuren neuen Abwasserkanal für London bauen, aber sie wollten einen Gewinn von über 100 Millionen Pfund pro Jahr über die vom Unternehmen hinaus aufgewendeten Kosten hinaus einfahren.

Der öffentliche Sektor ist auch für fast alle Investitionen im Wasserbereich in den Entwicklungsländern verantwortlich. Auch in Afrika und Indien werden zwischen 65 bis 90 % der Investitionen durch den öffentlichen Sektor getätigt und der Rest wird über staatliche Beihilfen finanziert: Der private Sektor investiert meist nichts.

6. Preise⁵

Private Unternehmen erheben höhere Preise als öffentliche Unternehmen. In Frankreich wurden 2004 in einer Studie die Preise aller öffentlichen und privaten Betriebe verglichen. Nachdem Unterschiede, wie z. B. die Bevölkerungsdichte, herausgerechnet wurden, ergab die Analyse, dass die Preise von privaten Wasserversorgern um 16 % höher waren als von öffentlichen. Im Vereinigten Königreich stiegen in den 17 Jahren nach der Privatisierung die Wasserpreise um mehr als 40 % als andere Preise, obwohl die Betriebskosten sich nicht verändert hatten. Alle Preissteigerungen hatten die Ursache in höheren Profiten.

Weltweit führen Kommunen einen ständigen Kampf mit privaten Unternehmen, um deren Geldforderungen abzuwehren. In Tallinn, Estland, haben das Stadtparlament, die Staatsregierung, der Ombudsmann und die Wettbewerbsbehörde die ausufernden Preise, die von einem privaten Unternehmen erhoben wurden, welches im Jahr 2000 die Kontrolle über die Wasserversorgung erhalten hatte, verurteilt.

In Australien, hat die Stadt Adelaide gerade 14 Millionen Dollar an überhöhten Gebühren von ihrer privaten Gesellschaft aus dem letzten Jahrzehnt zurückgefordert. In Chile wurde eine private Gesellschaft, die einem kanadischen Pensionsfonds gehört, wegen überhöhter Gebühren zu 2 Millionen Dollar verurteilt.

Ein neues Papier der Weltbank stellt fest, dass es zwar eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität gegeben habe, aber keinerlei Beweise für niedrigere Preise oder höhere Investitionen zu finden sind und so "der private Betriebsführer alle Gewinne für reine Profitschneiderei genutzt haben könnte, ohne eine Kostensenkung für die Konsumenten."

7. Wettbewerb und Kartelle⁶

Wasser Privatisierung bringt keinen der angeblichen Vorteile des Wettbewerbs. Es ist immer ein Monopol, weil Unternehmen nicht gegeneinander um Kunden wetteifern. Und in der Realität weichen Unternehmen üblicherweise zuallererst dem Wettbewerb um Verträge aus.

Keine der privaten Wassergesellschaften in UK musste eine Konkurrenz durch Gegenangebote für ihre gewinnträchtigen Lizenzen befürchten. In den überwiegenden Fällen in Frankreich und Spanien und den meisten Fällen in Italien und Zentraleuropa war die Privatisierung ebenfalls niemals Gegenstand eines Ausschreibungsverfahrens.

Weder in Frankreich noch in Italien haben die Wettbewerbsbehörden die privaten Unternehmen zu wettbewerblichem Verhalten verpflichtet. In Frankreich wurden Suez

und Veolia dazu aufgefordert, eine Serie von Gemeinschaftsunternehmen aufzugeben, in denen sie in Verträgen gemeinsame Sache machten, anstatt gegeneinander in Wettbewerb zu treten.

2012 kündigte die EU an, dass sie eine formelle Untersuchung in den drei großen französischen Unternehmen Suez, Veolia und Saur über vermutete Geheimabsprachen in Frankreich durchführen wollte. Die EU hat Suez schon wegen des Aufbruchs eines Siegels, dass die Untersuchungsbehörde angebracht hatte, zu 8 Millionen € verurteilt.

8. Öffentlicher Widerstand⁷

Es gibt einen weitverbreiteten öffentlichen Widerstand gegen die Privatisierung von Wasser. In den letzten 20 Jahren haben erfolgreiche Kampagnen die Privatisierung in vielen Städten Europas gestoppt oder sogar revidiert. Wann auch immer Privatisierung Gegenstand von Referenden war, ist sie massiv abgelehnt worden.

Im Juli 2011 stimmte die italienische Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit in einem Referendum gegen ein geplantes Gesetz, mit dem der Wasserbereich liberalisiert und privatisiert werden sollte.

In 2003 führte eine erfolgreiche Kampagne dazu dass das europäische Parlament einen Vorschlag der EU-Kommission ablehnte, mit dem die Dienstleistungen in ganz Europa verpflichtend liberalisiert werden sollten.

17 Jahre nach der Privatisierung von Wasser favorisiert sogar in UK eine Mehrheit die Rückkehr zur öffentlichen Eigentümerschaft wie eine Meinungsumfrage der BBC in 2006 ergab. In Schottland und Nordirland dagegen verblieben die Dienstleistungen wegen eines überwiegenden öffentlichen Widerstands in öffentlicher Hand.

9. Korruption und Betrug⁸

Wasserprivatisierung ist eng verbunden mit Korruption und Betrug. Unternehmen müssen Bestechungsgelder zahlen, um so langfristige gewinnträchtige Verträge zu ergattern.

Gerichte in Frankreich, Italien und den USA haben Geschäftsführer und politische Beamte verurteilt, weil Tochtergesellschaften von Suez und Veolia an sie Bestechungsgelder gezahlt hat. Beide Gruppen „gerieten in vielen Straf- und Zivilverfahren in Verdacht. Die Anklagen beinhalteten Bestechung von politischen Amtsträgern, illegale politische Zuwendungen, Schmiergelder, Preisabsprachen, Kartellabsprachen und Abrechnungsbetrug.“ Nach einem Bericht des Rechnungshofes von 1997, der nationalen Prüfstelle Frankreichs, wurde das System von Privatisierung, auf dem Suez und Veolia ihre nationale Dominanz aufgebaut hatten, als systembedingt fehlerhaft bezeichnet: "Der Mangel an Überwachung und Kontrolle der übertragenen Betriebsführungsaufgaben für öffentliche Dienstleistungen, die durch den Mangel an Transparenz bei dieser Managementform erschwert ist, hat zum Missbrauch geführt."

In UK wurde Trent Water wegen schweren Betrugs verurteilt, weil sie falsche Informationen an den Regulierer geliefert hatten, der ihnen erlaubt hatte überhöhte Gebühren in Höhe von 42 Millionen Pfund pro Jahr von den Kunden zu erheben. Andere Wasserversorger mussten sich zu gleichem Handeln bekennen.

10. Verantwortungslos⁹

Private Wasserkonzerne ziehen es vor, ihre Geschäfte im Verborgenen abzuwickeln, wodurch sie Politiker dazu bringen können, ihnen großzügige Verträge an der Öffentlichkeit vorbei zu geben. Aus diesem Grund sind viele private Verträge im Wasserbereich Geheimdokumente, so dass eine öffentliche Rechenschaft dafür unmöglich ist.

Trotz großen öffentlichen Widerstands privatisierte Berlin 1999 seine Wasserdienstleistungen, um einen Teil seiner hohen Schulden abzubauen. Sie verkauften 49,9 % des Unternehmens an ein Konsortium aus einer französischen multinationalen (Veolia) und einer deutschen multinationalen (RWE) Gesellschaft, welches eine hohe Gewinngarantie forderte. Der Stadtrat stimmte zu, der Vertrag aber wurde vor der Bevölkerung geheim gehalten. 2011 waren die Preise mehr als ein Drittel über der Inflationsrate gestiegen und von einer Bürgerinitiative wurde in einem Referendum die Veröffentlichung der Verträge gefordert, was schließlich eine große Mehrheit unterstützte. Im Januar 2012 stellte das Bundeskartellamt fest, dass der Vertrag das deutsche Wettbewerbsrecht verletzte und dass das Unternehmen die Preise um 19 % zu senken habe. Die EU-Kommission untersucht zusätzlich, ob EU-Gesetze verletzt wurden, die eine unrechtmäßige Beihilfe des Staates für private Unternehmen untersagen.

Die Bevölkerung glaubt, dass Regulierer den öffentlichen Sektor schützen. Aber Regulierer handeln ebenso im Geheimen mit den Unternehmen, wodurch sie leicht zu Vereinnahmungen sind. Die britische Regulierungsbehörde OFWAT hat wiederholt darin versagt, zu verhindern, dass private Unternehmen ihre Profite durch zu geringe Ausgaben steigern konnten. Sie haben darin versagt, Betrug aufzudecken, der von den Unternehmen begangen wurde, und haben den Unternehmen eine Konzession mit 25-jähriger Kündigungsfrist gegeben - was einer Garantie auf ein dauerhaftes Monopol gleich kommt.

11. Illusionen über fiskalische Erfolge¹⁰

Die offizielle Begründung für die Privatisierung von Wasser und anderer öffentlicher Dienstleistungen ist, Finanzmittel zu generieren, mit denen Regierungen ihre Schulden zurückzahlen können. Tatsächlich erhalten die Regierungen aber viel weniger als den realen Wert der privatisierten Unternehmen, insbesondere wenn die Käufer wissen dass sie gezwungen sind, zu jedem Preis zu verkaufen. Wenn Unternehmen einen hohen Preis zahlen, ist ihnen üblicherweise gestattet, hohe Preise und Gebühren zu verlangen.

In Frankreich ist es üblich, dass private Unternehmen Millionen Euro zahlen, um eine Konzession für Wasser zu erhalten. Die Unternehmen schlagen dann die Kosten für diese "Eintrittskarten" auf die Wasserrechnungen auf, so dass diese scheinbaren Glücksfälle für die Kommunen in Wirklichkeit jedoch in Gänze von den Verbrauchern gezahlt werden. Letzten Endes hat das französische Parlament 1993 ein neues Gesetz erlassen, das "Gesetz Sapin", das für private Unternehmen den Kauf einer Wasserkonzession von Kommunen illegal machte.

In UK verkaufte die Regierung von Frau Thatcher die Wasserunternehmen für 5,2 Milliarden (Mrd) Pfund. Zudem wurden die Schulden der Unternehmen gestrichen, die 5 Mrd Pfund ausmachten und zusätzlich wurde ihnen eine Bargeldsubvention von 1,5 Mrd Pfund gegeben, so dass die Regierung schließlich sogar Geld verlor. In den Jahren danach verlor der Staat noch mehr, weil er auch keine Dividenden mehr aus den Gewinnen der ehemals öffentlichen Unternehmen erhielt und noch zusätzliche Steuererleichterungen

gewährt hatte.

Privatisierungen sind ein schlechter Weg, Geld einzunehmen. In UK war der Schuldenstand der Thatcher-Regierung über 17 Jahre nach den Privatisierungen noch immer so hoch wie zu Beginn. Aber die Investitionen des öffentlichen Sektors waren gesunken, ohne Kompensationen durch die Privatwirtschaft. Damit hatte die gesamte Wirtschaft weniger reale Anlagen. So konnten durch die größten jemals durchgeführten Privatisierungen weder die Schulden der Regierung verringert werden, noch führten sie zu mehr privaten Investitionen.

12. Schlussfolgerungen: Der öffentliche Sektor und das Recht auf Wasser

In dieser Broschüre ist die bittere Erfahrung von Privatisierung und deren zerstörerischer Auswirkungen auf Preise, Investitionen, die Aufgabenerbringung, die Rechenschaftspflicht und Geheimabsprachen in konzentrierter Form herausgearbeitet.

Die klare Alternative ist ein öffentlicher Sektor für die Wasserwirtschaft, was von der großen Mehrheit der Staaten in den letzten 150 Jahren auch bevorzugt wurde. Öffentliche Aufgabenerfüllung bietet unmittelbare Verantwortlichkeit gegenüber der Bevölkerung und den gewählten Gemeindeparlamenten, sie wird nicht durch kommerzielle Geheimniskrämerei und Taktik gefährdet, um damit höhere Gewinne zu erzielen. In Wirklichkeit arbeitet sie effektiver, bei niedrigeren Transaktionskosten, geringeren Risiken für Korruption, mit mehr Investitionen in die (Infrastruktur-)Systeme bei niedrigeren Gebühren. Privatisierung nützt niemandem außer privaten Unternehmen.

Am 28. Juni 2010 erkannten die Vereinten Nationen mit der Resolution 64/292 das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser und sanitäre Versorgung als Allgemeines Menschenrecht an. Damit erkannten sie an, dass sauberes Trinkwasser und Abwasserentsorgung Schlüsselfaktoren für die Realisierung aller Menschenrechte sind. Der Antrag wurde ohne Ablehnung mit 41 Enthaltungen von 122 Staaten unterstützt, einschließlich 17 europäische Staaten. Die UN fordert nun die Regierungen auf, das Menschenrecht auf Wasser durch die bestmögliche Verfügbarmachung der Ressourcen, den Zugang dazu für alle zu erreichen.

Die Gewerkschaften für die öffentlichen Dienste und ihre Vereinigungen starten eine Kampagne, um 1 Million Unterschriften zur Unterstützung für die Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser und sanitäre Grundversorgung zu sammeln. Das Ziel dieser europäischen Bürgerinitiative beinhaltet drei Aspekte: Das UN-Recht und die Garantie eines Zugangs für alle in der EU durchsetzen, die europäische Kommission für einen auf Ansprüchen basierten Ansatz zu gewinnen und von der Liberalisierung der Wasserwirtschaft abzulassen, sowie den allgemeinen weltweiten Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zum Bestandteil der europäischen Entwicklungspolitik zu machen sowie die Anstrengungen und Investitionen dafür zu erhöhen.

13. Quellen

¹ David Hall and Emanuele Lobina Mar 2011 [Trends in water Privatisation](#) PSIRU

² David Hall and Emanuele Lobina Mar 2011 [Trends in water Privatisation](#) PSIRU

³ Bel G., Warner M. 2008 [Does privatisation of solid waste and water services reduce costs? A review of empirical studies](#) Resources, Conservation and Recycling 52 (2008) 1337 – 1348; Hall D. 2010 [Why we need public spending](#) PSIRU; IMF public-Private Partnerships March 2004 <http://www.imf.org/external/np/fad/2004/pifp/eng/031204.htm>; Saal D., Parker D., and Weyman-

Jones T. (2007) Determining the contribution of technical change, efficiency change and scale change to productivity growth in the privatized English and Welsh water and sewage industry: 1985-2000. J. Prod Anal (2007) 28:127-139; Adelaide Now March 24, 2011 United Water pays \$14m for breach of contract

Katharina Gassner, Alexander Popov, and Nataliya Pushak. 2009. Does private sector participation improve performance in electricity and water distribution? PPIAF Trends and policy options; no. 6.p. 49

⁴ David Hall and Emanuele Lobina 2010 The past, present and future of finance for investment in water systems PSIRU; Pezon, Christelle. 2009 Decentralization and Delegation of Water and Sanitation Services in France in Water and sanitation services: public policy and management edited by José Esteban Castro, Leo Heller Earthscan 2009; BBC 27 October 2011 Expert claims River Thames 'super sewer is for profit'; David Hall and Emanuele Lobina Mar 2011 Trends in water privatisation PSIRU

⁵ Eshien Chong, Freddy Huet, Stefane Saussier and Faye Steiner 2006 Public Private Partnerships and Prices: Evidence from Water Distribution in France Review of Industrial Organisation Volume 29, Numbers 1-2. 149-169

⁶ Conseil de la concurrence, Marché de l'eau: le Conseil de la concurrence demande au ministre de remettre en cause les filiales communes de la CGE et de la SLDE>>. Communiqué de Presse N. 22, 17th July 2002 Reuters January 18, 2012 EU to examine price fixing by French water utilities

⁷ Hall D. Et al. 2005 Public Resistance to privatisation in Water and Electricity Development in Practice, Volume 15, Numbers 3&4, June 2005; EPSU February 2012 Italian Water Movement forces Monti to respect the results of the referendum

⁸ Hall D. Privatisation, multinationals and corruption Development in Practice Volume 9, Number 5 November 1999; „Water and Power: The French Connection“; Cour des Comptes (1997) La gestion des services publics locaux d'eau et d'assainissement.

⁹ David Hall and Emanuele Lobina 2008 From a private past to public future? - the problems of water in England and Wales PSIRU; WASH News International 10 August 2011 Germany: berlin's water privatisation under investigation by EU

¹⁰ David Hall and Emanuele Lobina 2008 From a private past to public future? - the problems of water in England and Wales PSIRU; Massimo Florio 2007 A note on privatisations and public sector net worth: what (not) to learn from the UK experience UNIMI Working Paper n. 2007-18

¹¹ David Hall and Emanuele Lobina 2007 Water as a Public Service - PSIRU: UN GA/10967 28 July 2010 General Assembly Adopts Resolution Recognizing Access to Clean Water, Sanitation; EPSU www.epsu.org